

Bericht

des Parlamentarischen Kontrollausschusses

**gemäß § 25 Absatz 7 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz (HmbVerfSchG)
über die Ausübung seiner Kontrolltätigkeit gemäß § 26 HmbVerfSchG**

(Berichtszeitraum: 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020)

Vorsitz: **Dennis Gladiator**
(21. und 22. WP)

Stellv.: **Sören Schumacher**
(21. und 22. WP)

I. Vorbemerkung

Gemäß § 25 Absatz 7 HmbVerfSchG erstattet der Parlamentarische Kontrollausschuss der Bürgerschaft jährlich einen Bericht über seine Kontrolltätigkeit. Dabei sind die Belange der Geheimhaltung gemäß § 25 Absatz 7 Satz 5 HmbVerfSchG zu beachten. Der Senat ist seinen Pflichten gegenüber dem Ausschuss nachgekommen.

II. Zusammensetzung und Anzahl der Sitzungen

Die Zusammensetzung der Kommission stellte sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

In der 21. Wahlperiode nahm der Abgeordnete Dennis Gladiator den Vorsitz wahr, Stellvertreter war der Abgeordnete Sören Schumacher. Des Weiteren gehörten folgende Abgeordnete dem Gremium an: Carl-Edgar Jarchow, Antje Möller, Christiane Schneider, Urs Tabbert, Juliane Timmermann, Ekkehard Wysocki und Michael Westenberger.

In der 22. Wahlperiode nimmt der Abgeordnete Dennis Gladiator den Vorsitz wahr, Stellvertreter ist der Abgeordnete Sören Schumacher. Des Weiteren gehörten folgende Abgeordnete dem Gremium an: Deniz Celik, Sina Imhof, Dr. Till Steffen, Urs Tabbert, Juliane Timmermann und Ekkehard Wysocki.

Gemäß § 26 Absatz 2 HmbVerfSchG wird der Ausschuss in Abständen von höchstens drei Monaten durch den Senat umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) und über Vorgänge von besonderer Bedeutung unterrichtet. Im Berichtszeitraum kam der Ausschuss zu vier Sitzungen zusammen. Auf die Sitzung zum Ende des 1. Quartals 2020 wurde wegen der Sondersitzung im Februar und der allgemeinen Lage in der Corona-Pandemie verzichtet.

Bedingt durch die Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 wurden Mitglieder für den Parlamentarischen Kontrollausschuss für die neue 22. Wahlperiode in der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft am 18. März 2020 gewählt.

III. Sitzung am 27. Februar 2020

Aktuelle Erkenntnisse zum Lagebild

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten im Rahmen einer Sondersitzung insbesondere zum Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 aus und gingen auf Nachfragen der Abgeordneten ein. Weiter berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter zur „Gruppe S.“ und zu „Uniter e.V.“

IV. Sitzung am 26. Juni 2020

Die Kommission wählte einstimmig den Abgeordneten Dennis Gladiator zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Sören Schumacher zu dessen Stellvertreter.

Die Geschäftsordnung des PKA vom 26. Juni 2020, die an die Gesetzesänderungen des HmbVerfSchG angepasst worden war, wurde einstimmig beschlossen.

Aktuelle Erkenntnisse zum Lagebild

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten zunächst zu einem Spionageverdachtsfall.

Beim Lagebild Islamismus berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter zu den Themen Salafismus, Ausreise in die Dschihadgebiete und Rückkehrer/-innen, zum Al-Azhari-Institut und zum Islamischen Zentrum Hamburg (IZH).

Beim Lagebild Linksextremismus und Extremismus mit Auslandsbezug berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter zu verschiedenen Demonstrationen und Veranstaltungen mit Beteiligung der linksextremistischen Szene sowie insbesondere zur Entgrenzungsstrategie von linksextremistischen Gruppierungen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter nahmen außerdem Bezug auf Versammlungen zum Thema „Freiheit für Öcalan“.

Im Rahmen des Lagebilds Rechtsextremismus berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter insbesondere zur Prüfung auf extremistische Teilstrukturen der AfD im Bund und in Hamburg und deren Einstufung. Weiter bezogen sich die Senatsvertreterinnen und -vertreter auf den möglichen Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf Nachfragen der Abgeordneten zum Lagebild ein.

Nachbericht zu Schriftlichen Kleinen und Großen Anfragen

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter beantworteten Fragen zu den Drs. 21/19551, 21/19624, 21/19757, 21/19898, 21/20127, 21/20242, 22/204, 22/385 und 22/525, die öffentlich nicht hätten beantwortet werden können.

Unterrichtung über Maßnahmen gemäß § 7 Absatz 4 und § 8 Absatz 10 HmbVerfSchG

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten zu einer entsprechenden Maßnahme.

Übermittlung personenbezogener Daten an ausländische öffentliche Stellen nach § 16 (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 8 HmbVerfSchG) und an Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nach § 17 sowie über die Änderungen des Verzeichnisses nach § 17 Absatz 1 Satz 4 (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 9 HmbVerfSchG)

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter trugen zu entsprechenden Übermittlungen vor und legten den Ausschussmitgliedern ein Verzeichnis der nicht öffentlichen Stellen vor, denen gegenüber das LfV personenbezogene Daten offenlegen dürfe.

V. Sitzung am 18. September 2020

Aktuelle Erkenntnisse zum Lagebild

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten zur offiziell aufgelösten AfD-Teilstruktur „Flügel“. Weitere Themen im Lagebild Rechtsextremismus waren: Rechtsextremismus und die Corona-Protteste und Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten außerdem zur QAnon-Bewegung.

Beim Lagebild Islamismus berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter unter anderem zu Salafismus, zur Furkan-Gemeinschaft, zur Hizb ut-Tahrir und zur Muslimbruderschaft.

Im Rahmen des Lagebilds Linksextremismus und Extremismus mit Auslandsbezug führten die Senatsvertreterinnen und -vertreter zu verschiedenen linksextremistischen Gruppierungen aus und gingen insbesondere auf die Vernetzung von Linksextremistinnen und Linksextremisten und eine veränderte Qualität der Straftaten ein.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten außerdem zur PKK und gingen auf Nachfragen der Abgeordneten zum Lagebild ein.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten außerdem zum dritten Waffenrechtsänderungsgesetz und der Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden.

Unterrichtung über Maßnahmen gemäß § 7 Absatz 4 und § 8 Absatz 10 HmbVerfSchG

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten über entsprechende Maßnahmen.

Nachbericht zu Schriftlichen Kleinen und Großen Anfragen

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter beantworteten Fragen zu den Drs. 22/555, 22/720, 22/724, 22/774, 22/1041 und 22/1075, die öffentlich nicht hätten beantwortet werden können.

Bericht gemäß § 25 Absatz 5 Satz 1 HmbVerfSchG, insbesondere über

- Übermittlung personenbezogener Daten an ausländische öffentliche Stellen nach § 16 (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 8 HmbVerfSchG)
- Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nach § 17 (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 9 HmbVerfSchG)
- die Änderungen des Verzeichnisses nach § 17 Absatz 1 Satz 4 (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 9 HmbVerfSchG)
- die Speicherungen und Offenlegungen von Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 12 HmbVerfSchG)

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter legten den Ausschussmitgliedern die Übermittlungen personenbezogener Daten an ausländische Dienste vor und berichteten außerdem zu Speicherungen und Offenlegungen von Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres.

VI. Sitzung am 15. Dezember 2020

Aktuelle Erkenntnisse zum Lagebild

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten zu Strukturen innerhalb der AfD und deren Einfluss auf die Gesamtpartei in Hamburg aus. Weiter gingen die Senatsvertreterinnen und -vertreter auf die Corona-Protteste und die Corona-Skeptikerszene ein.

Im Bereich Linksextremismus und Extremismus mit Auslandsbezug berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter von Vernetzungsbestrebungen und Bündnispolitik in der linksextremistischen Szene und einer Radikalisierung der Szene. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten außerdem insbesondere zu den „Drei von der

Parkbank“ und zur Versammlung „Gemeinschaftlicher Widerstand“ am 5. Dezember 2020.

Weiter bezogen sich die Senatsvertreterinnen und -vertreter auf die PKK-Spendenkampagne und die Grauen Wölfe.

Beim Lagebild Islamismus führten die Senatsvertreterinnen und -vertreter insbesondere zu den Anschlägen in Frankreich und Österreich und zu einem Anschlagversuch in Belgien im letzten Quartal 2020 sowie zu den Reaktionen in der islamistischen Szene auf die Anschläge aus. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten außerdem zu den Gruppierungen „Realität Islam“ und „Generation Islam“ sowie „Muslim Interaktiv“

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf Nachfragen der Abgeordneten zum Lagebild ein.

Nachbericht zu Schriftlichen Kleinen und Großen Anfragen

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter beantworteten Fragen zu den Drs. 22/1586, 22/1757, 22/1860, 22/1861, 22/1893, 22/2016, 22/2017 und 22/2018, die öffentlich nicht hätten beantwortet werden können.

Bericht gemäß § 25 Absatz 5 Satz 1 HmbVerfSchG, insbesondere über

- Übermittlung personenbezogener Daten an ausländische öffentliche Stellen nach § 16 (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 8 HmbVerfSchG)
- Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nach § 17 (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 9 HmbVerfSchG)
- die Änderungen des Verzeichnisses nach § 17 Absatz 1 Satz 4 (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 9 HmbVerfSchG)
- die Speicherungen und Offenlegungen von Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres (§ 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 12 HmbVerfSchG)

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter legten den Ausschussmitgliedern die Übermittlungen personenbezogener Daten an ausländische Dienste vor und berichteten außerdem zu Speicherungen und Offenlegungen von Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres.

VII. Berichte und Mitteilungen gemäß § 26 HmbVerfSchG hier: § 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 11 HmbVerfSchG

Zur Erhöhung der parlamentarischen Kontrolle wurden die Berichtspflichten mit der am 1. April 2020 in Kraft getretenen Änderung des HmbVerfSchG an den Gesetzeszweck angepasst sowie praxisnäher ausgestaltet. An die Stelle der jährlichen Berichtspflicht nach § 26 Absatz 5 Nummer 9 zweiter Halbsatz HmbVerfSchG alte Fassung über die Erforderlichkeitsprüfungen zur weiteren Speicherung ist gemäß § 26 Absatz 5 Satz 1 Nummer 11 HmbVerfSchG die jährliche Berichtspflicht über die Anzahl der Personenspeicherungen gemäß § 10 Absatz 1 Nummern 1 und 2 BVerfSchG in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Nummern 1, 3 und 4 BVerfSchG in der gemeinsamen Datei nach § 6 Absatz 2 BVerfSchG getreten. Berichtet wird damit über sämtliche Personenspeicherungen in den verschiedenen Extremismusbereichen mit Ausnahme der Fälle der Spionageabwehr sowie der Speicherungen bei der Erfüllung von Mitwirkungsaufgaben.

Die Berichtspflicht wurde im Jahre 1993 eingeführt und sollte dem Ausschuss nicht nur einen Überblick über die Anzahl der gespeicherten Daten, sondern auch einen detaillierten Einblick in die Datenstruktur des Landesamtes für Verfassungsschutz verschaffen. Aufgrund der heutigen Arbeitsweise des Landesamtes konnte dieser Gesetzeszweck mittels des Berichts über die Erforderlichkeitsprüfungen nicht mehr erreicht werden, da diese nicht nur im Wege von gesonderten Prüfungen erfolgen, wovon das Gesetz in der alten Fassung ausging, sondern vor allem bei jeder Einzel-

fallbearbeitung. Um den Gesetzeszweck besser zu erfüllen, werden daher ab Inkrafttreten der Gesetzesänderung die sogenannten NADIS-Zahlen berichtet.

Am 31.12.2020 umfasste der Gesamtbestand der personenbezogenen Datensätze des Landesamtes im NADIS 70.298 (Vorjahr: 54.056) Datensätze, davon 64.120 = 92,21 Prozent (Vorjahr: 47.694) im Zusammenhang mit Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen. Der starke Anstieg der Zahlen im Berichtsjahr 2020 resultiert im Wesentlichen aus der im Jahr 2020 neu eingeführten Beteiligung der Verfassungsschutzbehörden an der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfung und der damit verbundenen einmaligen Abfrage der Gesamtzahl der waffenrechtlichen Erlaubnisse. NADIS ist die Abkürzung für die Datenbank „Nachrichtendienstliches Informationssystem“ gemäß § 6 Bundesverfassungsschutzgesetz.

VIII. Ausschussempfehlung

Der Parlamentarische Kontrollausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den vorstehenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Dennis Gladiator, Vorsitz
Sören Schumacher, stellvertretender Vorsitz